

Satzung

für das Jugendamt des Landkreises Pfaffenhofen a. d. Ilm

(Jugendamtssatzung)

Aufgrund des Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 20.12.2007 (GVBl S. 979) in Verbindung mit Art. 17 der Landkreisordnung (LkrO) in der Fassung vom 22.08.98 (GVBl S.826), erlässt der Kreistag des Landkreises Pfaffenhofen a. d. Ilm folgende Satzung:

§ 1

Bezeichnung, Aufgaben und Gliederung des Jugendamts

- 1) Die Verwaltung des Jugendamts führt die Bezeichnung Familie, Jugend, Bildung.
- 2) Dem Jugendamt obliegen
 1. die ihm nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und dem Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) zugewiesenen Aufgaben,
 2. die ihm nach anderen Rechtsvorschriften zugewiesenen Aufgaben,
 3. die nach den Vorschriften des Bayer. Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) dem Landratsamt als Aufsichtsbehörde zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse.
- 3) Die Aufgaben des Jugendamts nach Abs. 2 Nr.1 und 2 werden durch den Jugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamtes wahrgenommen (§ 70 Abs.1 SGB VIII)

§ 2

Verwaltung des Jugendamts

- 1) Die Verwaltung des Jugendamts ist eine Dienststelle des Landratsamts Pfaffenhofen a. d. Ilm.
- 2) Die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Jugendamts werden im Auftrag des Landrats von dem dafür bestellten Leiter bzw. der Leiterin der Verwaltung des Jugendamts (Jugendamtsleiter bzw. Jugendamtsleiterin) im Einvernehmen mit dem zuständigen Abteilungsleiter bzw. der zuständigen Abteilungsleiterin geführt.
- 3) Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung des Jugendamts gehören alle Verwaltungsgeschäfte, die regelmäßig oder wiederholt anfallen und nach vorgegebenen Regelungen und Grundsätzen zu behandeln sind, sofern ihnen nicht aufgrund ihrer politischen, finanziellen oder strukturellen Auswirkungen eine grundsätzliche Bedeutung zukommt.
- 4) Die Verwaltung des Jugendamts unterstützt den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses bei der Vorbereitung der Sitzungen und fertigt die Sitzungsniederschriften.

§ 3

Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

- 1) Dem Jugendhilfeausschuss gehören 10 stimmberechtigte und 11 beratende Mitglieder an. Die Zahl der beratenden Mitglieder vermindert sich um die Zahl 1, wenn der bzw. die Vorsitzende des Kreisjugendrings dem Jugendhilfeausschuss als stimmberechtigtes Mitglied angehört.
- 2) Stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind:
 - .1. der oder die Vorsitzende (Art. 17 Abs. 3 S. 1 AGSG),
 - .2. 3 Mitglieder des Kreistags (§ 71 Abs. 1 Nr. 1, 1. Alternative SGB VIII i.V.m. Art. 18 Abs. 1 S.1 AGSG) und
 - .3. 2 vom Kreistag gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind (§ 71 Abs. 1 Nr. 1 2. Alternative SGB VIII),
 - .4. 4 auf Vorschlag der im Kreisgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe vom Kreistag gewählte Frauen und Männer (§ 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII),
- 3) Als beratende Mitglieder gehören dem Jugendhilfeausschuss neben den in Art. 19 Abs. 1 Nrn. 1 bis 9 a AGSG genannten Mitglieder nach Art. 19 Abs. 1 Nr. 10 AGSG je ein Vertreter oder eine Vertreterin
 - der Katholischen Kirche
 - der Evangelisch-Lutherischen Kirchean.

- 4) Für jedes stimmberechtigte und für jedes beratende Mitglied ist ein Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin zu wählen bzw. zu bestellen (Art. 19 Abs. 3 i.V.m. Art. 18 Abs. 3 S. 1 AGSG). Ein beratendes Mitglied kann nicht Stellvertreter bzw. Stellvertreterin eines stimmberechtigten Mitglieds sein (Art. 19 Abs. 4 SGG).
- 5) Der Landrat bestimmt ein Mitglied des Kreistags, das ihn im Verhinderungsfall vertritt.

§ 4

Wahl und Bestellung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

- 1) Der Kreistag bestellt durch Beschluss die aus seiner Mitte entsandten stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder werden von ihm nach Art. 45 Abs. 3 LkrO gewählt. Abweichend von Art. 45 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 LkrO erfolgt die Wahl in offener Abstimmung (Art. 17 Abs. 2 S. 3 AGSG).
- 2) Vorschläge für die Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 dieser Satzung werden von den im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen abgegeben. Wahlvorschläge für die stimmberechtigten Mitglieder nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 dieser Satzung können nur durch die im Kreisgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, insbesondere die Jugendverbände und Wohlfahrtsverbände, abgegeben werden. In den Wahlvorschlägen und bei der Wahl soll auf eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen und Männern hingewirkt werden (§ 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII i.V.m. Art. 18 Abs. 2 S. 2 AGSG).
- 3) Für stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
- 4) Die beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Art. 19 Abs. 1 AGSG) und ihre Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen werden durch Beschluss des Kreistags bestellt.

§ 5

Aufgaben des Jugendhilfeausschusses

- 1) Der Jugendhilfeausschuss beschließt über Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der dafür im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel und der vom Kreistag gefassten Beschlüsse (§ 71 Abs. 3 S. 1 SGB VIII).
- 2) Der Jugendhilfeausschuss soll vor jeder Beschlussfassung des Kreistags in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er soll ferner Stellung nehmen vor Entscheidungen des Kreistags und anderer beschließender Ausschüsse, die für die Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familie und/oder für die Schaffung und Erhaltung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt von Bedeutung sind. Vor der Berufung des Jugendamtsleiters bzw. der Jugendamtsleiterin soll der Jugendhilfeausschuss gehört werden (§ 71 Abs. 3 S. 2 SGB VIII).
- 3) Der Jugendhilfeausschuss hat das Recht, an den Kreistag Anträge zu stellen (§ 71 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII).
- 4) Der Jugendhilfeausschuss nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
 1. Entwicklung von Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe im Kreisgebiet und für die Vernetzung und koordinierte Zusammenarbeit der bestehenden Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen;
 2. Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie Entwicklung von Problemlösungen;
 3. Entwicklung von Konzepten zur Erhaltung oder Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie für eine kinder- und familienfreundliche Umwelt;
 4. Entwicklung und laufende Fortschreibung der örtlichen Jugendhilfeplanung sowie Vorbereitung der Beschlussfassung über die örtliche Jugendhilfeplanung durch den Kreistag;
 5. Vorberatung des Abschnitts „Jugendhilfe“ des Haushaltsplans;
 6. Förderung der Träger der freien Jugendhilfe (der Jugendhilfeausschuss kann hierfür Fördergrundsätze oder -richtlinien beschließen);
 7. Beschlussfassung über die öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe im Kreisgebiet nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit Art. 33 Abs. 1 Nr. 1 AGSG (der Jugendhilfeausschuss kann hierfür Anerkennungsgrundsätze oder -richtlinien beschließen);
 8. Erlass einer Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss.

§ 6

Sitzungen, Beschlussfähigkeit, Öffentlichkeit

- 1) Den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss führt der Landrat beziehungsweise die Landrätin; er beziehungsweise sie bestimmt ein Mitglied des Kreistages, das im Verhinderungsfall die Vertretung übernimmt. Abweichend von Satz 1 kann der Landrat beziehungsweise die Landrätin ein Mitglied des Kreistags zum beziehungsweise zur Vorsitzenden bestimmen, gleichzeitig bestimmt er beziehungsweise sie ein Mitglied des Kreistags für die Stellvertretung.
- 2) Der Jugendhilfeausschuss tritt nach Bedarf zusammen. Er muss einberufen werden, wenn dies ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich unter Angabe von Gründen und des Beratungsgegenstands beim Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses oder bei der Verwaltung des Jugendamts beantragt. Die Sitzung soll innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Antrags stattfinden.
- 3) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist und nach Art. 43 LkrO an der Beratung und Abstimmung teilnehmen kann.
- 4) Die stimmberechtigten Mitglieder sind bei der Stimmabgabe an Weisungen und Aufträge nicht gebunden (Art. 20 S. 2 AGSG).
- 5) Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen (§ 71 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII). Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- 6) Näheres regelt die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses.

§ 7

Form der Beschlussfassung

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses werden in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

§ 8

Unterausschüsse

- 1) Der Jugendhilfeausschuss kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse vorberatende Unterausschüsse bilden und die Arbeitsaufträge dafür festlegen.
- 2) Den Vorsitz eines vorberatenden Unterausschusses soll ein stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses führen. Bei Bedarf sollen weitere Fachleute zu den Sitzungen des Unterausschusses hinzugezogen werden.
- 3) Die vorberatenden Unterausschüsse treten nach Bedarf zusammen. Ihre Sitzungen sind nicht öffentlich.
- 4) Der Leiter bzw. die Leiterin der Verwaltung des Jugendamts ist zu den Sitzungen der Unterausschüsse einzuladen.

§ 9

Aufwandsentschädigung

- 1) Für Beamte und Beamtinnen, den Richter bzw. die Richterin sowie für Angestellte im öffentlichen Dienst, die dem Jugendhilfeausschuss aufgrund ihres Amtes angehören, bemisst sich die Höhe der Aufwandsentschädigung nach den Vorschriften über die Reisekostenvergütung der Beamten und Richter (Art. 21 Abs. 3 AGSG).
- 2) Die übrigen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erhalten für jede Sitzung, an der sie teilnehmen, eine Aufwandsentschädigung in gleicher Höhe wie die Kreistagsmitglieder.
- 3) Die Absätze 1 und 2 gelten für stellvertretende Mitglieder entsprechend, wenn sie im Vertretungsfall an Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen.

- 4) Eine Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1 bis 3 erhalten auch die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der vorberatenden Unterausschüsse für jede Sitzung eines Unterausschusses, an der sie teilnehmen.

§ 10 Jugendhilfeplanung

- 1) Über die örtliche Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII entscheidet der Kreistag durch Beschluss. Zur Vorbereitung dieser Beschlussfassung hat der Jugendhilfeausschuss
 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe im Kreisgebiet festzustellen,
 2. den Bedarf an Einrichtungen und Diensten unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten im Kreisgebiet für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln,
 3. die zur Befriedung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen und Prioritäten für die Verwirklichung zu entwickeln.

Der Jugendhilfeausschuss bedient sich dabei in der Regel eines vorberatenden Unterausschusses und wird von der Verwaltung des Jugendamts unterstützt; er arbeitet mit den im Kreisgebiet wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe partnerschaftlich zusammen.

- 2) An der Jugendhilfeplanung sind die im Kreisgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe und ihre Zusammenschlüsse, auch wenn sie nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, in allen Phasen der Planung zu beteiligen. Von einer Beteiligung einzelner Träger kann abgesehen werden, wenn deren Interessen erkennbar nicht betroffen sind oder von einem Verband, dem der Träger angehört, mitvertreten werden. Die Beteiligung beginnt spätestens mit der Erörterung der Ziele und Inhalte der Planung sowie des Planungsverfahrens. Die in Satz 1 genannten Träger sollen regelmäßig über den Fortschritt der Planung und die jeweilige Beschlusslage unterrichtet werden. Ihnen ist Gelegenheit zu geben, schriftliche Stellungnahmen abzugeben und an wichtigen Erörterungen des Jugendhilfeausschusses und ggf. eines vorberatenden Unterausschusses teilzunehmen.
- 3) Im Kreisgebiet wirkende, nicht anerkannte Träger der freien Jugendhilfe können an der Planung beteiligt werden. Über eine Beteiligung und deren Form und Umfang entscheidet der Jugendhilfeausschuss.

§ 11 Inkrafttreten

- 1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.09.2012 in Kraft.
- 2) Gleichzeitig tritt die Jugendamtssatzung vom 01.05.1996 außer Kraft.

Pfaffenhofen a. d. IIm, 18.12.2012

Martin Wolf, Landrat